

Nationale Diabetes-Strategie der Bundesregierung kommt nicht in Gang DDG: Reduktionsmaßnahmen alleine reichen nicht

Morgen findet der 2. Deutsche Zuckerreduktionsgipfel in Berlin statt. Unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wollen Fachleute eine gesamtgesellschaftliche Strategie finden, um den Zucker-, aber auch Salz- und Fettkonsum der Bevölkerung zu reduzieren. Auch die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) beteiligt sich an der Expertenrunde. Sie weist jedoch zugleich darauf hin, dass nicht nur Ernährungsprävention wichtig ist, um Diabetes Typ 2 und Adipositas zu bekämpfen. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Nationale Diabetes-Strategie lässt bis heute mit konkreten Maßnahmen auf sich warten.

Auf Initiative des AOK-Bundesverbands findet am 17. Oktober 2018 der 2. Zucker-Reduktionsgipfel unter Beteiligung des BMEL in Berlin statt. Wie auch beim ersten Gipfel vergangenen Jahres wollen hier Vertreter aus Politik, Industrie, Wissenschaft und Gesundheitsbranche Lösungswege finden, den Anteil von Zucker, aber auch von Salz und Fett in Lebensmitteln zu verringern. „Unsere Kernbotschaft an die Lebensmittelindustrie lautet erneut: Etablierung einer allgemeinverständlichen Lebensmittelkennzeichnung mit mehr Transparenz über die Inhaltsstoffe und ein Ende des gezielten Kinder-Marketings für ungesunde Produkte“, so DDG Präsident Professor Dr. med. Dirk Müller-Wieland. „Die Politik ist gefragt, der Industrie mehr Druck zu machen. Denn eine industrielle Selbstverpflichtung hat sich nicht bewährt.“ So müsse auch die vom BMEL ins Leben gerufene „Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie“ für die Industrie verpflichtend sein, sonst bliebe es eine weitere wirkungslose Maßnahme.

Die DDG weist im Zuge dieser Veranstaltung darauf hin, dass die Ernährungsprävention nur ein Baustein im Kampf gegen die Volkskrankheit Diabetes sein kann. Darüber hinaus müssen noch andere Wege beschritten werden, um nicht nur den weiteren Anstieg an Diabeteserkrankungen in Deutschland wirkungsvoll zu verhindern, sondern um auch die Menschen mit Diabetes besser zu versorgen. „Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigte Nationale Diabetes-Strategie ließ vermuten, dass endlich eine Gesamtstrategie für Diabetesprävention, -früherkennung und -therapie gefunden werden soll und die Politik den Ernst der Lage erkannt hat“, so Müller-Wieland. Von den fast sieben Millionen Betroffenen wissen bis heute zwei Millionen nichts von ihrer Erkrankung, sie und viele andere entwickeln aufgrund einer unzureichenden Versorgung schwere Krankheiten in Folge ihres Diabetes. So sollen mit Hilfe einer Nationalen Diabetes-Strategie auch die Früherkennung, Versorgungsforschung und Versorgung in Deutschland strukturell verbessert werden. Die DDG begrüßte daher die Entscheidung der Koalitionäre, diese lange überfälligen und notwendigen Maßnahmen endlich in die Wege zu leiten.

Nun zieht die Fachgesellschaft Bilanz: „Seit Verabschiedung des Koalitionsvertrags im März dieses Jahres sind genau 220 Tage vergangen und noch immer hat die darin angekündigte Nationale Diabetes-Strategie der Bundesregierung keinen Schritt vorwärts getan – eine greifbare Gesamtstrategie fehlt weiterhin“, bedauert DDG Geschäftsführerin Barbara Bitzer. „Es darf nicht bei guten Absichten bleiben. Wir erwarten vor allem seitens des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) den politischen Willen und ein Konzept zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen – im

Interesse der heute Erkrankten und künftigen Patienten. Zu lange wurde bereits gewartet und nichts unternommen. Leidtragende sind die Patienten.“

Seit Jahren fordert die DDG neben effektiveren Maßnahmen der Primärprävention eine Nationale Diabetes-Strategie. Ziele dieses Gesamtkonzepts sind eine bessere, sektorenübergreifende medizinische Versorgung für Menschen mit Diabetes, unter anderem auch durch eine adäquate Mediziner Ausbildung und -weiterbildung, ein flächendeckendes Versorgungsnetz durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, eine angemessene Behandlung und Pflege von Menschen mit Diabetes im Krankenhaus, moderne Medikamente sowie ein deutschlandweites Diabetesregister. Zudem müsse der Beruf der Diabetesberaterin/des Diabetesberaters staatlich anerkannt werden.

Um dem jahrelangen Stillstand im Kampf gegen Diabetes endlich entgegenzuwirken, appellieren die Diabetologen an die Bundesregierung, den eigenen Worten Taten folgen zu lassen und es nicht länger bei Ankündigungen zu belassen.

Das entsprechende PDF zur Pressemitteilung finden Sie [hier](#).